

# DER GRÜNE BOTE



## ■ Die Koalitionsvereinbarung

### Aufbruch und Erneuerung !?!

*Aufbruch und Erneuerung - Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert: Unter dieser Überschrift haben die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen eine Koalitionsvereinbarung für die gemeinsame Regierungsarbeit der nächsten vier Jahre geschlossen.*

*In dieser und der folgenden Ausgabe des Grünen Boten sollen die wichtigsten Teile der Koalitionsvereinbarung vorgestellt werden.*

Heute geht es um die drei Schwerpunkte

**Abbau der Arbeitslosigkeit**

**Steuerreform**

**Staatsbürgerschaft**

*In vier Jahren werden sich SPD und Grüne vor allem daran messen lassen müssen, was sie auf diesen Politikfeldern zustandegebracht haben.*

### Abbau der Arbeitslosigkeit

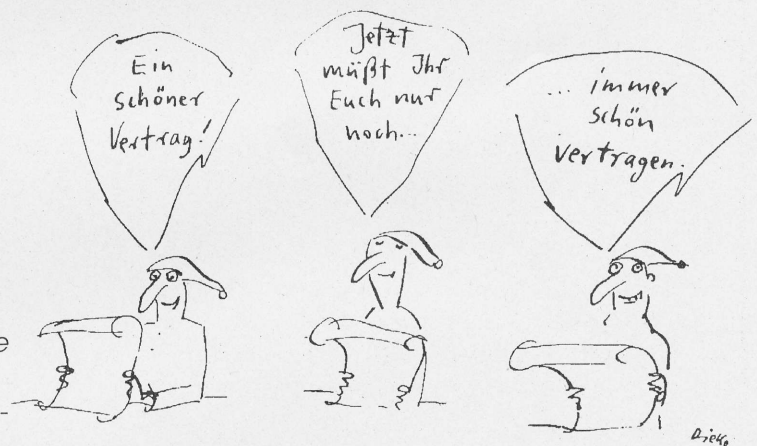
Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist das oberste Ziel der neuen Bundesregierung. Hierin liegt der Schlüssel zur Lösung der wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Probleme in der Bundesrepublik Deutschland. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird die neue Bundesregierung alle gesellschaftlichen Kräfte mobilisieren und in einem Bündnis für Arbeit und Ausbildung konkrete Maßnahmen vereinbaren. Die Bundesregierung orientiert sich dabei an folgenden Zielen:

- ◆ Wirtschaftskraft durch nachhaltiges Wach-

tum und Innovation stärken und zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen

- ◆ Ökologische Modernisierung als Chance für Arbeit und Umwelt nutzen
- ◆ eine zukunftsorientierte Bildung und Ausbildung für alle Jugendlichen sichern und Chancengleichheit herstellen.

Die Verwirklichung dieser Ziele soll die schwerste politische Erblast beseitigen, die von der alten Bundesregierung zurückgelassen worden ist. Eine starke, wettbewerbsfähige und an Nachhaltigkeit orientierte Wirtschaft ist die Grundlage



für Arbeitsplätze, für Wachstum und für soziale Sicherheit. Dabei ist ein Grundsatz, daß Arbeit und Umwelt untrennbar zusammen gehören.

Voraussetzung hierfür sind solide Staatsfinanzen, was bei einem Schuldenstand des Bundes in Höhe von rund 1,5 Billionen DM (daraus ergeben sich Zinszahlungen von 26% der Steuereinnahmen!) schwierig genug sein wird.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird die neue Bundesregierung alle gesellschaftlichen Kräfte mobilisieren. Es muß ein Bündnis für Arbeit und Ausbildung zustandekommen.

*Lesen Sie weiter auf Seite 2*

## Im Brennpunkt

Gemeinsam mit Gewerkschaften und Unternehmen sollen konkrete Maßnahmen vereinbart werden, um die Arbeitslosigkeit abzubauen und allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu sichern. Zu diesem Bündnis haben alle Beteiligten in fairem Geben und Nehmen ihren Beitrag zu leisten. Im Einzelnen könnte dies sein:

- ◆ Zuständig: Gewerkschaften + Unternehmen:  
*beschäftigungsorientierte Tarifpolitik und eine Neu-Organisation der Arbeit (Flexibilität, Zeitsouveränität)*
- ◆ Zuständig: Wirtschaft, öffentl. Verwaltung:  
*Investitionen, Innovationen fördern, Lehrstellenzahl erhöhen*

### In eigener Sache

### Erfolg mit Wermutstropfen

Die Wiesenbacher Grünen und ihre WählerInnen können mit dem Ausgang der Bundestagswahlen im Großen und Ganzen zufrieden sein. Die Weichen für den Politikwechsel sind gestellt und die rot-grüne Koalition hat sich gerade auf den Weg gemacht. Vor Ort hat sich die Partei behauptet. Der Wermutstropfen: Unsere Kandidatin Sylvia Kotting-Uhl hat den Einzug ins Parlament knapp verpaßt. Obwohl Bündnis 90/Die Grünen auf Bundesebene und auch in unserem Land leichte Stimmenverluste zu verzeichnen haben, schicken die Baden-Württemberger Grünen erneut acht Abgeordnete nach Bonn. Sylvia Kotting-Uhl steht auf Platz 9 der Landesliste. Schade.

Das Wahlergebnis für Bündnis 90/Die Grünen in Wiesenbach ist insgesamt gesehen gleich geblieben. Der Stimmenrückgang bei den Erststimmen von 254 Stimmen (13,2%) 1994 auf 161 Stimmen (8,0%) jetzt erklärt sich vor allem aus der Tatsache, daß mit Peter Kühn bei den letzten Bundestagswahlen der Kandidat aus unserer Gemeinde stammte. Die vielen geteilten Stimmabgaben (Erststimme für den SPD-Kandidaten, Zweitstimme für Bündnis 90/Die Grünen) schlagen für unsere Kandidatin natürlich ebenfalls negativ zu Buch. Bei den Zweitstimmen für die Partei wirken sie sich hingegen positiv aus. Die hohe Wahlbeteiligung läßt die 272 Stimmen 1998 jedoch auf 13,6% schrumpfen. 1994 bedeuteten 269 Stimmen 13,9%.

**Heinz-Ludwig Nöllenburg**

- ◆ Zuständig: Bundesregierung:

*Rahmenbedingungen schaffen (Steuerreform, Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten u.a.)*

Mit einem Sofortprogramm sollen 100.000 Jugendliche so schnell wie möglich in Ausbildung und Beschäftigung gebracht werden. Dies kann geschehen durch die Vermittlung in betriebliche Ausbildungs- und Arbeitsplätze; zusätzliche Qualifizierung von Jugendlichen, die zur Zeit keine Vermittlungschancen haben; Nachholen von Schulabschlüssen; Jugendliche, die länger als 6 Monate arbeitslos sind, sollen einen Ausbildungsplatz, einen Arbeitsplatz oder eine Fördermaßnahme erhalten.

Eine **neue Wirtschaftspolitik** wird die Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze schaffen. Dazu gehören:

- ◆ eine Reform der Einkommens- und Unternehmensbesteuerung
- ◆ die ökologische Modernisierung der Wirtschaft
- ◆ eine ökologische Steuerreform
- ◆ eine Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten
- ◆ die Stärkung von Bildung, Forschung und Wissenschaft
- ◆ die Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit.

Der Mittelstand, das Handwerk und die Existenzgründungen durch Freiberufler und Selbständige werden gestärkt durch:

- ◆ Konzentrierung und Vereinfachung von Existenzgründungsprogrammen
- ◆ Schaffung von Voraussetzungen, die die Eigenkapitalausstattung von kleineren und mittleren Unternehmen verbessern



**KORNBLUME**



**NATURKOST-NATURWAREN**

**Mit Lust Wein trinken ...  
... und wissen, was dahinter steht:  
höchste ökologische  
und geschmackliche Qualität**

HSB-Haltstelle (L.35) direkt vor der Tür - Parkplätze vorh.  
Wiesenbacherstr.34-36 69151 Neckargemünd  
Tel. 06223-72777 Fax 2671

- ◆ Fortentwicklung des dualen Ausbildungssystems
- ◆ die Möglichkeit des berufsbegleitenden Erwerbs des Meisterbriefes im Handwerk nach der Existenzgründung

Hier sind nur einige der wichtigsten Punkte benannt.

Der Grundsatz aller Arbeitsmarktaktivitäten lautet: Arbeit statt Arbeitslosigkeit.

Dazu wird die Bundesregierung zum Beispiel Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Beschäftigungschancen des Dienstleistungssektors besser genutzt werden. Haushaltsdienstleistungen und private Dienstleistungsagenturen sollen gefördert werden.

Die neue Bundesregierung wird umgehend dafür sorgen, daß unsoziale Einschnitte bei den Arbeitnehmerschutzrechten korrigiert werden. Dazu zählen die Fehlentscheidungen der alten Regierung beim Kündigungsschutz, bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und beim Schlechtwettergeld.

Bernhard Hofmann

### Steuerreform

Die gründliche Reform des Steuersystems gehört unbestritten zu den wichtigsten Aufgaben, die sich die neue Regierung vorgenommen hat. Groß sind hier die Erwartungen der Steuerzahler und Steuerzahlerinnen. Klar ist jedoch, daß nicht alle von der Reform profitieren werden. Vor allem die unteren und mittleren Einkommen sollen entlastet werden. Die geplanten Steuerreformmaßnahmen haben nämlich zum Ziel:

**Mehr Steuergerechtigkeit**

**Deutliche Vereinfachung des Steuerrechts**

**Rückführung der Lohnnebenkosten zum Abbau der Arbeitslosigkeit**

**Senkung des Energieverbrauchs für den Klimaschutz**

Verwirklicht werden sollen diese Vorgaben in drei Stufen durch:

- ◆ die Senkung der Steuersätze bei der Lohn- und Einkommenssteuer
- ◆ eine Erhöhung des Kindergeldes
- ◆ das Schließen von Steuerschlupflöchern

*Lesen Sie weiter auf Seite 4*

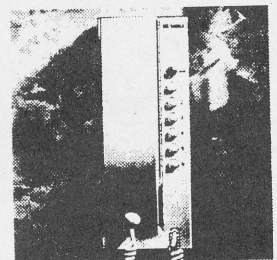
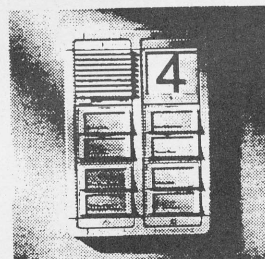
## Unser Service für Sie :

**Neu & Gebrauchtwagenverkauf  
Finanzierung & Leasing  
Inzahlungnahme**

**Wartungs & Inspektionsarbeiten  
TÜV & AU im Hause  
Reifenservice  
Unfallinstandsetzung  
Achsvermessung  
für fast alle Fabrikate**

**Renault-Service  
Autohaus Franz Peuker GmbH  
In der Au 7  
69257 Wiesenbach  
06223/5984**

## Neuer Anschluß für Ihren alten Klingeldraht.



Für Ihren Einstieg in eine moderne Gebäudekommunikation brauchen Sie nichts anderes als Ihren alten Klingeldraht. Ohne viel Schmutz und Installationsaufwand erlangen Sie so eine Tür- und Haussprechanlage mit dem Komfort und Design von heute und allen Optionen auf die Entwicklungen von morgen.

SSS SIEDLE

**ELTRA GmbH Elektroinstallationen**



Ralf Morawiec  
In der Au 1/2  
69257 Wiesenbach  
Tel. 06223 / 4163  
Fax. 06223 / 4164

## Im Brennpunkt

---

- ◆ Senkung des Spitzensteuersatzes für gewerbliche Einkünfte von 47 auf 45 Prozent

Diese erste Stufe der großen Steuerreform soll für eine durchschnittlich verdienende Familie mit zwei Kindern 1999 eine Entlastung von etwa 1000 DM bringen.

Über eine zweite Stufe zum 1. Januar 2000 soll die dritte Stufe zum Jahresbeginn 2002 am Ende der ersten Amtszeit der rot-grünen Bundesregierung dann folgende Regelungen festschreiben:

- ◆ Verbesserung des Grundfreibetrags auf 14.000 DM
- ◆ Anhebung des Kindergelds für die ersten beiden Kinder auf 260 DM
- ◆ Senkung des Eingangssteuersatzes auf 19,9 Prozent
- ◆ Senkung des Spitzensteuersatzes auf 48,5 Prozent.

Die durchschnittlich verdienende Familie mit zwei Kindern kann dann gegenüber der Endzeit der Kohl-Regierung eine Entlastung von rund 2.700 DM = 1.350 Euro verbuchen.

Bis dahin sollen 70 konkrete Einzelmaßnahmen überflüssige Steuersubventionen im Umfang von 40 Mrd. DM beseitigen und damit die berüchtigten Steuerschlupflöcher gut verdienender Mitmenschen schließen.

Sachverständige werden zusätzlich in einer Kommission die Grundlagen für eine wirtschafts- und steuerpolitisch sinnvolle Besteuerung (größerer) persönlicher Vermögen erarbeiten.

Dagegen wird ein Unternehmenssteuerrecht, das alle Unternehmenseinkünfte mit höchstens 35 Prozent besteuert und damit den heimischen Standort attraktiv macht, schon im Jahr 2000 in Kraft treten.

Durch die Öko-Steuer schließlich sollen zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden. Der umweltschädliche Energieverbrauch soll steuerlich belastet werden, um energiesparende Technologien und entsprechende Investitionen zu fördern. Die Einnahmen aus dieser Steuer werden im Lauf der Legislaturperiode zur Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge auf unter 40 Prozent eingesetzt. Das kommt Unternehmen und Beschäftigten zugute.

Im einzelnen soll die Mineralölsteuer für Kraftstoffe pro Liter um 6 Pfennig steigen, die Heizölsteuer um 4 Pfennig, bei Gas soll die Steuer um einen Drittpfennig für die Kilowattstunde und bei Strom um 2 Pfennig/kWh heraufgesetzt werden.

Von der Verwirklichung der großen Steuerreform wird für die rot-grüne Koalitionsregierung einiges abhängen. Insbesondere die Bündnisgrünen werden daran gemessen werden, wie die Öko-Steuer greift. Wenn im Endeffekt nur die Privatverbraucher zahlen, weil die Industrie befreit ist, so kommt das nicht gut.

Denn dann wird die neue Besteuerung des Energieverbrauchs weder finanziell beim Abbau der Arbeitslosigkeit noch ökologisch bei der Verringerung der Umweltbelastung überzeugend Wirkung zeigen. Mit Sicherheit wird sie aber als ungerecht empfunden - zurecht.

*Heinz-Ludwig Nöllenburg*

### Staatsbürgerschaft

Unter der Überschrift „Sicherheit für alle - Bürgerrechte stärken“ geht der Koalitionsvertrag auch auf die Integration von Ausländern und Ausländerinnen in unsere Gesellschaft ein. Es wird sich mit Nachdruck für eine gemeinsame europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik eingesetzt, die die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention beachtet.

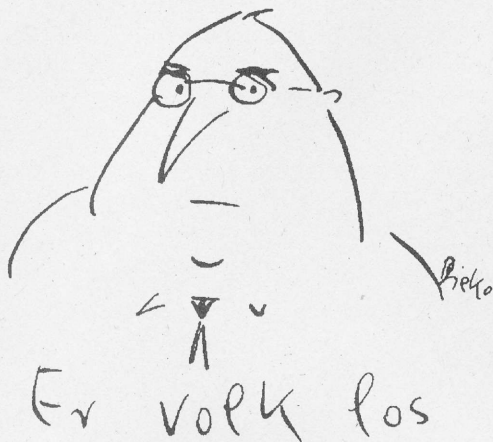
Anerkannt wird, daß in der Vergangenheit ein unumkehrbarer Zuwanderungsprozeß stattgefunden hat. Die bei uns lebenden Zuwanderer, die sich zu unseren Verfassungswerten bekennen sollen auf Dauer integriert werden. Im Zentrum der Integrationspolitik wird die Schaffung eines modernen Staatsangehörigkeitsrechts stehen.

- ◆ Kinder ausländischer Eltern erhalten mit Geburt in Deutschland die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil bereits hier geboren wurde oder als Minderjähriger bis zum 14. Lebensjahr nach Deutschland eingereist ist und über eine Aufenthaltserlaubnis verfügt.
- ◆ Unter den Voraussetzungen von Unterhaltsfähigkeit und Straflosigkeit erhalten einen Einbürgerungsanspruch:
- ◆ AusländerInnen mit achtjährigem rechtmäßigen Inlandsaufenthalt
- ◆ minderjährige AusländerInnen, von denen wenigstens ein Elternteil zumindest über eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis verfügt und die seit fünf Jahren mit diesem Elternteil in familiärer Gemeinschaft in Deutschland leben

- ◆ ausländische Ehepartner deutscher Staatsbürgerinnen - und umgekehrt - nach dreijährigem rechtmäßigem Inlandsaufenthalt, wenn die eheliche Lebensgemeinschaft seit mindestens zwei Jahren besteht.

In beiden Fällen ist der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nicht von der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit abhängig.

Markus Bühler



### ■ Bundesdelegiertenkonferenz in Bonn

#### Verhaltene Freude

Das Ergebnis ist bekannt: Die Bundesdelegiertenkonferenz stimmte bei nur vereinzelt Gegenstimmen und Enthaltungen der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen zu. Der Streit um die Trennung von Amt und Mandat wurde vertagt. Die BDK bestand mit Mehrheit nicht auf der konsequenten Einhaltung der Frauenquote bei der Besetzung der Ministerposten.

Mit stehendem Applaus wurde die Verabschiedung des Koalitionsvertrags und damit die Startvoraussetzung für die rot-grüne Bundesregierung gefeiert. Die Vereinbarung löste dennoch keinen uneingeschränkten Jubel aus. Zuviele wichtige grüne Positionen blieben außenvor, zuviele Kompromisse erschienen den Delegierten zu unverbindlich. Trotzdem wurde der Vertrag als Chance für eine neue Politik in der Bundesrepublik Deutschland begriffen. Niemand wollte die Vereinbarung platzen lassen.

Das Abrücken von grünen Prinzipien wie der

Frauenquote und der Trennung von Amt und Mandat wurde aus diesem Grund murrend ertragen, die Auseinandersetzung darüber verschoben.

Heinz-Ludwig Nöllenburg

#### Was ist das ?

##### Trennung von Amt und Mandat

Das Prinzip der Trennung von Amt und Mandat ist grünes Urgestein. Es besagt: Grüne, die bei Gemeinderats-, Kreistags-, Landtags- oder Bundestagswahlen in die Parlamente gewählt werden, können nicht gleichzeitig Vorstandsämter in der Partei bekleiden oder auf der Regierungsbank sitzen. Der Sinn: Verantwortung und Macht soll auf möglichst viele Schultern verteilt werden, von der Parteibasis und der Wählerschaft kaum noch zu kontrollierende Politiker und Machtcliquen sollen verhindert werden. Auf kommunaler Ebene wird inzwischen mancherorts von diesem Prinzip abgewichen, weil die Grünen bei Wahlen erfolgreicher sind als in der Mitgliederwerbung. Bei den Wiesenbacher Grünen und im hiesigen Kreisverband gilt es nach wie vor.



# GETRÄNKE KERN

Breites Sortiment · Bester Service

Ihre Quelle gegen den Durst seit über 15 Jahren!

Getränke Kern GmbH

In der Au 8 · 69257 Wiesenbach

☎ (0 62 23) 4 03 55 · Fax 4 94 84

Spielwaren  
Geschenkboutique  
Zeitschriften

TOTO-LOTTO

Mittwoch-  
nachmittags geöffnet

Schreib- und Bürobedarf

**Widmann**

Hauptstr. 12 · Wiesenbach · Tel. 46333

## Jenseits von Wiesenbach

---

### ■ „Konnexitätsprinzip“

#### **Kreistags-Grüne begrüßen Absicherung der kommunalen Finanzen**

Die bündnisgrüne Kreistagsfraktion begrüßte jetzt in einer Erklärung, daß im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung die wirkungsvollste finanzielle Risikoabsicherung für Landkreise, Städte und Gemeinden seit Jahrzehnten durch die Aufnahme des „Konnexitätsprinzips“ enthalten ist. Im Koalitionsvertrag sei festgelegt, „daß künftige Aufgabenverlagerungen im Verhältnis der staatlichen Ebenen - Bund einerseits, Länder und Gemeinden andererseits - im Rahmen des bundesstaatlichen Finanzausgleiches berücksichtigt werden (Konnexitätsprinzip)“. Die grünen Kreis- und Kommunalpolitiker/innen im Rhein-Neckar-Kreis hatten sich mit den grünen Dachverbänden der „Kommunalos“ im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen intensiv für die Aufnahme dieser Koalitionsaussage eingesetzt und sehen ihre Bemühungen nun von Erfolg gekrönt.

Die grüne Kreistagsfraktion, so ihr Vorsitzender Hans - Ulrich Sckerl, weist darauf hin, daß mit dieser Vereinbarung im Klartext festgelegt ist, daß Kosten, die durch Beschlüsse des Bundes ausgelöst werden, in Zukunft auch vom Bund zu tragen sind. Damit sei eine künftige Belastung der Kreise und Gemeinden ausgeschlossen, wie sie z.B. durch das Bundesgesetz zur Garantie eines Kindergartenplatzes ausgelöst wurde, da die Kosten zu hundert Prozent von der kommunalen Seite aufzubringen waren. Allein das Kindergartengesetz des Bundes - so richtig die Kindergartenplatzgarantie als solche auch sei - habe für die Kommunen im Kreis Kosten von ca. 20 Mio. DM bedeutet. Mit der Koalitionsvereinbarung sei die wichtigste strukturelle Absicherung der kommunalen Finanzen seit fünfzig Jahren zum Regierungsziel erklärt worden. Die neue Regierung trage damit einer Forderung aller Landkreise, Städte und Gemeinden und ihrer Dachverbände Rechnung. Für die kommunalen Körperschaften, so die Kreistagsgrünen abschließend, sei dies ein guter Start in eine neue Partnerschaft mit dem Bund.

*Pressemitteilung  
der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen  
im Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises  
vom 26.10.1998*

### ■ AKW Obrigheim

#### **Döring genehmigt Zwischenlager**

Einen Tag vor dem Amtsantritt des neuen Bundesumweltministers Trittin hat der baden-württembergische Wirtschaftsminister Döring (FDP) die Errichtung eines Zwischenlagers für 980 hochradioaktive Brennelemente beim AKW Obrigheim genehmigt.

Damit ist nach der gegenwärtigen Gesetzeslage der Entsorgungsnachweis für's erste erbracht, der Weiterbetrieb des Uralt-Atommeilers zunächst gesichert, ein Eingreifen des bündnisgrünen AKW-Gegners Trittin nicht möglich. Wer Atomkraftwerke stilllegen will, das bisher als „Endlager“ vorgesehene Gorleben für ungeeignet hält und Castor-Transporte für unverantwortlich, der muß Zwischenlager bei den AKW's hinnehmen, denn der noch Jahrtausende strahlende Atom-Giftmüll verschwindet bekanntermaßen nicht mit der Stilllegung der Reaktoren. Für Bündnis 90/Die Grünen ist die Zustimmung zu einem solchen Zwischenlager allerdings nur dann möglich, wenn dort ausschließlich die Brennstäbe der eigenen Anlage bis zur schnellstmöglichen Schließung des AKW vorläufig untergebracht werden.

Die Ausmaße des jetzt beim Atomkraftwerk Obrigheim genehmigten Zwischenlagers lassen allerdings ganz anderes erwarten. Um allein ein solches Lager mit 980 abgebrannten Brennstäben zu füllen, müßte das KWO noch mehr als ein Vierteljahrhundert weiterlaufen. Doch selbst die Betriebsleitung gibt dem Uralt-Reaktor aus technischen Gründen „nur noch „ zwölf Jahre. Auch wenn die Einlagerung derzeit ausschließlich für KWO-Brennelemente genehmigt ist, so besteht doch der begründete Verdacht, daß in Obrigheim ein „End“-Zwischenlager für den gesamten süddeutschen Raum entstehen soll. Außerdem erfüllt das vorgesehene, bereits bestehende Gebäude nicht die heute geltenden Sicherheitsauflagen. Bündnis 90/Die Grünen haben den entsprechenden Plänen deshalb von vornherein eine Absage erteilt und unterstützen die Bürgerinitiative „AKW Obrigheim abschalten“ bei ihrer Klage gegen den Genehmigungsbescheid vor dem Verwaltungsgerichtshof in Mannheim.

(In)

**Spendenkonto BI „AKW Obrigheim abschalten“  
Kto.Nr.: 1094297 Öko Bank BLZ: 500 901 00  
Stichwort: Zwischenlager**

■ Agenturvertrag gekündigt

Postversorgung in Wiesenbach gefährdet

Weil die zuständige Postdirektion in Mosbach sich weigert, die Geschäftsbeziehungen neu zu verhandeln, hat die Betreiberin der Postagentur in Wiesenbach ihren Vertrag mit der Deutschen Post AG vorsorglich zum 31. März 1999 gekündigt. Die Posthalterin Carla Widmann wirft der Firma vor, daß deren geltende Geschäftsbedingungen die Agentur in Wiesenbach für sie als Betreiberin zu einem andauernden Verlustgeschäft machten. Der Umsatz ihrer Agentur, in der sie die ganze Palette der Postdienstleistungen anbiete, sei beachtlich, die große Kundschaft könne aber von ihr alleine neben dem Schreibwarengeschäft nicht ohne unzumutbare Wartezeiten bedient werden. Für eine Hilfe reiche jedoch der Ertrag, den die Post ihr zugestehe, selbst bei einer 620 DM-Beschäftigung nicht aus. Inzwischen haben sich zahlreiche zufriedene Kunden der Agentur, die zum großen Teil geschäftlich auf einen funktionierenden Postbetrieb in Wiesenbach mit vollständigem Leistungsangebot angewiesen sind, brieflich an die Deutsche Post AG gewandt und ihr Unverständnis über deren Geschäftsgebaren geäußert, darunter Bürgermeister Kaiser und der Vorsitzende des Wiesenbacher Gewerbe-

vereins, Dr. Volker Thewalt. Das Nachverhandeln unzumutbarer Pachtbedingungen sei in der Marktwirtschaft absolut üblich, heißt es in den Schreiben unter anderem, und die Post beanspruche doch, ein marktwirtschaftlich geführtes Unternehmen wie andere auch zu sein.  
(In)

**Post für die Post**

Zuständig für die Postversorgung  
in Wiesenbach:  
**Deutsche Post AG - Direktion Mosbach**  
Herr Kneisch  
Scheffelstr. 1  
74821 Mosbach

Wer schreiben will, der schreibe !

■ Grüne online

Kreisverband Odenwald-Kraichgau im Internet

Die Bündnisgrünen im Kreisverband sind jetzt im Netz der Netze erreichbar:  
[www.ba-wue.gruene.de/odenwald-kraichgau](http://www.ba-wue.gruene.de/odenwald-kraichgau)  
Die Wiesenbacher Gemeinderäte Markus Bühler und Heinz-Ludwig Nöllenburg können neuerdings auch per e-mail angeschrieben werden.  
(Adressen s. letzte Seite)



**Leppel's  
Backstube**  
Inh. Josef Pretsch

**Sinsheim-Waldangeloch**  
Bucheckernweg 3  
☎ (07265) 49081

**Filialen:**  
Wiesenbach • Hauptstraße 21  
☎ 06223/49778  
Eichenberg • Obere Klosterstraße 15  
☎ 07259/2210  
Adelshofen • Richener Straße 1  
☎ 07262/4939

## Aus Wiesenbach/Die letzte Seite

### ■ Grüne machen es möglich

#### **Wiesenbach ab sofort im Kreistag vertreten**

Wovon die anderen Wiesenbacher Rathausparteien mitsamt dem Bürgermeister bisher nur geträumt haben, die Grünen schaffen es: Wiesenbach ist ab sofort mit einem eigenen Kreisrat im Kreistag vertreten. Der von Freund und Feind als sehr beschlagen angesehene Fraktionssprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Hans-Ulrich Sckerl, ist seit kurzem Bürger unserer Gemeinde.

Spaß beiseite, was so aussieht, als ob die Wiesenbacher Grünen einen guten Fang auf der Partei-Transferliste getan hätten, hat in Wirklichkeit natürlich rein persönliche Gründe. In einem Gespräch mit Bürgermeister Kaiser versicherte der Neu-Wiesenbacher, sich im Kreistag bei Bedarf nach Kräften für die Belange unserer Gemeinde einsetzen zu wollen.

(In)

### ■ Langenzell

#### **Erste Portion verkauft**

Die Familie Löwenstein hat ihre Absicht aufgegeben, ihren Besitz in Langenzell am Stück zu verkaufen. Sie bietet den Ortsteil jetzt in Portionen an und hat so einen ersten Käufer gefunden. Ein Landwirt aus der Ulmer Gegend, der dort seine Felder für einen Autobahnausbau verkauft hat, ist neuer Eigentümer der zum Hofgut gehörenden Acker- und Waldflächen. Er plant den Bau eines Aussiedlerhofs in der Nachbarschaft des Golfplatzes. Für das Hofgut und das Alte Schloß interessieren sich die Betreiber des Kurpfalz-Internats in Bammental. Dem Vernehmen nach wollen sie mit ihren Zöglingen nach Langenzell, wenn sie sich mit den Löwensteins über den Kaufpreis und mit dem Denkmalamt über dessen Auflagen für einen Umbau einigen können. Unter den Mietern in Langenzell macht sich deshalb erneut Sorge um ihre Wohn- und Arbeitsstätten breit. Sie befürchten die „Entmietung“ des ganzen Ortsteils, wenn die Schule den Zuschlag erhalten sollte. In einem Schreiben an den Kaufinteressenten, das auch den Gemeinderäten zuzuging, kündigt die Bürgerinitiative für diesen Fall ihren entschiedenen Widerstand an.

(In)

### ■ Der Stehwagen

#### **Steht er oder fällt er ?**

Seit dem 1. September diesen Jahres ist das traditionsreiche Wiesenbacher Gasthaus „Zum Stehwagen“ geschlossen. Die Heidelberger Schlossquell Brauerei GmbH als Verpächterin der Gastwirtschaft und der darüberliegenden Wohnung hat es bisher trotz großen Andrangs von Bewerbern nicht für nötig erachtet, eine Neuverpachtung vorzunehmen. Auf Nachfrage wurde mitgeteilt, daß eine Wiedereröffnung erst in Frage kommt, wenn ein älteres Ehepaar, am besten deutscher Abstammung, gefunden ist, das in die Wohnung über dem Kneipenraum einzieht und bereit ist, die Wirtschaft ganztags geöffnet zu halten.

Die Grünen setzen sich für die schnelle Wiedereröffnung des Stehwagen ein. Wiesenbach braucht diesen Treffpunkt genauso wie seine anderen Gasthäuser.

(mb)

### **Adressen**

#### **Vorsitzende des Ortsverbands Wiesenbach von Bündnis 90 / Die Grünen:**

Ingrid Hofmann  
Panoramastraße 40 Telefon: 46833

#### **Gemeinderatsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen:**

Markus Bühler  
Hauptstraße 53  
Telefon: 970293 Fax: 970295  
e-mail: markus.buehler@t-online.de

Heinz-Ludwig Nöllenburg  
Schillerstraße 52  
Telefon: 46740 Fax: 484121  
e-mail: heinz-ludwig.noellenburg@t-online.de

#### **IMPRESSUM**

DER GRÜNE BOTE ist die Zeitung  
des Ortsverbands Wiesenbach von Bündnis 90/Die Grünen.  
DER GRÜNE BOTE erscheint seit 1985 alle Vierteljahre  
und wird  
bei einer Auflage von 1300 Stück  
kostenlos in alle Wiesenbacher Haushalte verteilt.  
REDAKTION: Markus Bühler, Bernhard Hofmann  
und Heinz-Ludwig Nöllenburg  
V.i.S.d.P.: Bernhard Hofmann  
Panoramastraße 40  
69257 Wiesenbach  
Tel.: 06223-46833  
DRUCK: MK Druck GmbH, 74927 Eschelbronn  
Die Auffassung der Autoren stellt nicht in jedem Fall  
die Meinung der Redaktion dar.